

Europa und die Türkei

Seit mehr als vierzig Jahren klopft die Türkei an die Tür der Europäischen Union (EU) und sucht um eine Vollmitgliedschaft. Jedoch polarisiert die politische Debatte und die öffentliche Meinung dazu wie die Türkei, die kontrovers geführte Diskussion, ob die Türkei überhaupt zu welchen Bedingungen und zu welchem Zeitpunkt Teil der EU werden soll, wird die am 3. Oktober 2005 begonnenen Beitrittsverhandlungen begleitet.

Herausgeber dieses Bandes:
Siegfried Frech und Meinert Oaul

Mit Beiträgen von:

Andrea K. Riener, Christian Rumpf,
Hakkı Keskin, Neelip C. Bayoğlu,
Jürgen Giefhard, Claus Schönig,
Günzel Gür, Dieter Oberndorfer,
Heidi Wedel, Frank Sen, Meinert Oaul
ISBN 3-89974254-0

BASISTHEMEN
POLITIK

Europa und die Türkei



BASISTHEMEN POLITIK

Europa und die Türkei



WOCHEN
SCHAU
POLITIK



9 783899 742541

Hakkı Keşkin

Die deutsch-türkische Debatte über den EU-Beitritt der Türkei

Eine unendliche Geschichte ...

Keines der heute 25 Mitglieder der EU hatte einen solch lang andauernden Prozess vor der eigentlichen Mitgliedschaft zu durchlaufen wie die Türkei. Bereits am 31. Juli 1959 bewarb sich die Türkei um die Mitgliedschaft in der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG). Am 12. September 1963 wurde das „Abkommen zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei“ in Ankara unterzeichnet. Das Assoziierungsabkommen zwischen der EWG und der Türkei mit dem Ziel des Beitritts der Türkei zur Gemeinschaft erschien am 29. Dezember 1964 im Amtsblatt Nr. 217 und wurde dort als „Ankara-Abkommen“ bezeichnet. Am 23. November 1970 wurde zwischen der EWG und der Türkei ein Zusatzprotokoll unterzeichnet, welches die Mitgliedschaft der Türkei in der EWG in drei Phasen vorsah und die Detailfragen der Übergangphasen regelte.

Am 1. Januar 1996 wurde die Türkei in die Zollunion der EU aufgenommen. Für die türkische Bevölkerung stellte der Beitritt zur Zollunion einen weitreichenden Schritt hin zu einer Vollmitgliedschaft in der EU dar.

Die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten gaben der Türkei am 9. Dezember 1999 in Helsinki den Status eines Beitrittskandidaten. Die Türkei wurde somit auf die Liste der Beitrittskandidaten aufgenommen, neben den zehn bereits im Mai 2004 als Vollmitglieder aufgenommenen Staaten und neben

Rumänien und Bulgarien, die 2007 der EU beitreten sollen. Der Türkei wird die Gleichbehandlung mit den anderen Beitrittskandidaten zugesichert. Auf dem Kopenhagener Gipfeltreffen der EU im Dezember 2002 wurde bezüglich einer Beitrittsperspektive der Türkei klargestellt, dass die Staats- und Regierungschefs der EU am 17. Dezember 2004 über den „unverzüglichen“ Beginn von Beitrittsverhandlungen zu entscheiden haben, wenn die EU-Kommission in ihrem vorangegangenen Bericht die politischen Kriterien als erfüllt bewertet.

Voraussetzung für ein positives Votum der EU-Kommission ist die Erfüllung der so genannten „Kopenhagener Kriterien“, deren Umsetzung und Einhaltung in einem Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission dokumentiert wird.

Am 6. Oktober 2004 hat die Europäische Kommission den Staats- und Regierungschefs der EU die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen unter strengen Auflagen empfohlen. „Nach vier Jahrzehnten Wartezeit bekommt die Türkei die Chance auf einen Beitritt zur Europäischen Union (EU).“¹ Am 17. Dezember 2004 haben die 25 Staats- und Regierungschefs der EU bei ihrem Gipfeltreffen in Brüssel einstimmig beschlossen, Verhandlungen mit der Türkei mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft am 3. Oktober aufzunehmen. Diese in vielen EU-Staaten und in Deutschland sehr kontrovers diskutierte Entscheidung ist von historischer Tragweite.

Die kontroverse Debatte geht weiter

Die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft der Türkei wird ganz offensichtlich weitergehen. Gerade deshalb ist es geboren, sich mit diesem Thema eingehend auseinanderzusetzen.

Sowohl die von der EU-Kommission als auch die von den Staats- und Regierungschefs der EU gemachten strengen Auflagen lassen die Ungleichbehandlung der Türkei im Vergleich zu den im Mai 2004 aufgenommenen zehn Staaten deutlich erkennen. Seit Jahren wird über eine EU-Mitgliedschaft der Türkei und

den Beginn von Beitrittsverhandlungen unter Politikern, Wissenschaftlern und in den Medien in Deutschland sowie in der Türkei kontrovers diskutiert.

In Deutschland führen die Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei hauptsächlich folgende Gründe und Argumente an:

- Die Türkei sei weder geographisch noch historisch ein europäisches Land. Daher gehöre die Türkei nicht zu Europa.

- Die EU sei eine auf der christlichen Religion und Kultur basierende Gemeinschaft. Die Türkei würde dem westlichen Wertesystem nicht entsprechen und als islamisches Land die auf christlicher Kultur basierende Identität der EU sogar gefährden.

- Die Türkei sei eine zu große finanzielle Belastung für die EU. Die EU sei keine „karitative Anstalt“.

- Der Beitritt der Türkei in die EU werde darüber hinaus eine starke Zuwanderung türkischer Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt der EU nach sich ziehen.

- Mit der EU-Mitgliedschaft der Türkei würde die EU an die Konfliktregionen Naher und Mittlerer Osten angeschlossen.

- Der Einfluss des Kemalismus und des Militärs seien Hindernisgründe für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Außerdem sei die Gefahr des Islamismus in der Türkei nicht gebannt.

Wie berechnig, überzeugend und stichhaltig sind diese Behauptungen und Argumente?

Die Türkei ist euroasiatisch

Kein Zweifel, geographisch liegt nur ein kleiner Teil der Türkei auf dem europäischen Kontinent. Diesen Aspekt jedoch nach 40-jähriger Assoziation der Türkei an die EU mit dem darin festgelegten Ziel einer EU-Mitgliedschaft nun zu thematisieren, scheint sehr weit hergeholt. Diejenigen EU Vertreter, die 1963 mit der Türkei das Abkommen über die EU-Perspektive der Türkei paraphiereten, wussten sicherlich auch damals schon, wo die

Türkei liegt. In seiner damaligen Rede unterstreicht der Präsident der EWG-Kommission, Walter Hallstein (CDU), an drei Stellen ganz bewusst, dass „die Türkei zu Europa gehört“, als ob er die aktuelle Diskussion darüber vorausgehört hätte und deshalb genau dies betonen wollte. Die Verantwortlichen der damaligen EWG wollten sich in ihrer Vision über die Zukunft der Gemeinschaft nicht auf die geographischen Grenzen beschränken. Sie trafen eine klare politische Entscheidung.

Gerade diese geographische Lage der Türkei als ein Land in und eine Brücke zwischen zwei Kontinenten, Europa und Asien, verleiht ihr eine besondere Bedeutung für die EU. Diese zukunfts-trächtige Perspektive darf nicht durch eine nach Quadratkilometern rechnende Sichtweise relativiert oder gar eingeschränkt werden. Die Zielsetzung der Türkei, einseitig Mitglied der EU zu werden, sich andererseits aber als ökonomischer und politischer Machtfaktor konsequent im eurasischen Raum einzusetzen, wird letztlich beiden, der Türkei wie der EU, zugute kommen.

Führt der Beitritt zu einer Überdehnung?

„Europa ist kein christlicher Klub“ – so lautete die Überschrift eines Beitrags von Theo Sommer. Europa hat zwar „in 2000 Jahren eine tiefe christliche Prägung erfahren“, so Sommer, „seine staatliche Verfasstheit ist jedoch mit Ausnahme des Vatikans überall laizistisch. Insofern könnte eine laizistische Türkei in der Europäischen Union durchaus ihren Platz finden.“⁴ In Deutschland sind es in der Regel konservative Politiker oder Historiker, die sich engagiert gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei wenden. Sie argumentieren, dass die Türkei mit ihrer islamischen Bevölkerung, ihrer Geschichte, Religion und Identität einer anderen Kultur angehöre und damit den Rahmen der EU sprengte. Die Erweiterung der EU um die Türkei führe zu einer Überdehnung, der innere Zusammenhalt der Union werde verloren gehen und das Ziel einer politischen Union, die der ehemalige Außenminister Fischer als Föderation ausmatte, bliebe Illusion.

Skeptische Positionen in der aktuellen Debatte

Die skeptischen Positionen sind vielfältig. Dazu einige Beispiele: „Im Islam fehlen die für die europäische Kultur entscheidenden Entwicklungen der Renaissance, der Aufklärung und der Trennung zwischen geistlicher und politischer Autorität“, so Bundeskanzler Helmut Schmidt.⁵ Und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber: „Wenn wir eine politische Union Europa wollen, dann brauchen wir ein hohes Maß an Integration. (...) Nimmt man die Türkei auf, dann ist dies das Ende der Vision von der politischen Union Europas. (...) Mit einem Staat wie der Türkei, der einen ganz anderen gesellschaftlichen Hintergrund hat, sprengt man die politische Union.“⁶ Für die Vollmitgliedschaft in der EU sei auch eine gemeinsame Identität und das Gefühl der Zugehörigkeit notwendig. Dies fehle der Türkei, die nur teilweise zu Europa gehöre, so der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, 2004 in einem Interview: „Natürlich können wir die Beitrittsperspektive, die es seit den sechziger Jahren gibt, jetzt nicht einseitig aufkündigen. Das ist eine Verpflichtung, zu der wir stehen.“⁷

Europäische Identität wird aberkannt

Den Türken und der Türkei wird eine europäische Identität wegen ihrer unterschiedlichen Geschichte, Religion und Kultur aberkannt. Als ob es in Europa nur die christliche Religion, eine einheitliche Kultur und eine gleiche Geschichte für alle 25 EU-Mitgliedstaaten und somit auch eine bestimmte Identität gäbe. Zudem wird in dieser Vorstellung Identität als etwas historisch eingefrorenes, also Statisches, verstanden und bewertet. Dass dies nicht der Fall ist, beweist die vorhandene Vielfalt der Sprachen, der Kulturen und der geschichtlichen Entwicklungen eines jeden Volkes und Landes sowie die dadurch mitgeformten, sich dauernd in Weiterentwicklung befindenden unzähligen Identitäten.

Auch der Islam ist nicht homogen

Der Islam in Südostasien, Afrika, im Nahen Osten und in Europa ist sowohl in seiner Auslegung als auch in der praktischen Anwendung sehr unterschiedlich und zeigt eine Vielfalt, ähnlich der des Christentums. Es ist falsch, die islamische Religionsgemeinschaft, der ca. 1,3 Milliarden Menschen in mehr als 50 Ländern angehören, in Fragen der Auslegung und Ausübung als homogen zu betrachten.

Es ist aber auch wahr, dass es in vielen islamischen Ländern Entwicklungen wie die Renaissance, die Aufklärung und die Trennung zwischen geistlicher und politischer Autorität, vergleichbar mit der in Europa, bis heute nicht gegeben hat. Zum einen waren fast alle diese Länder bis in die Mitte des 19. Jahrhunderts Kolonien oder standen in halb-kolonialer Abhängigkeit von europäischen Großmächten, so dass ihre Entwicklung einer eigenen, innergesellschaftlichen Dynamik beraubt wurde. Zum anderen haben manche dieser Länder ihre eigene Renaissance, ihre Phasen der Aufklärung erst nach ihrer politischen Unabhängigkeit, also mit reichlicher Verspätung und damit unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen durchführen können. So haben beispielsweise Indonesien, Pakistan und Malaysia, was die Aufklärung und Emanzipation der Frau anbetrifft, nach ihrer Unabhängigkeit in diesen Bereichen – wenn auch mit Unterbrechungen – beachtliche Erfolge aufzuweisen.

Die Türkei hat die Aufklärung nachvollzogen

Die Türkei hat 1923, nach der Ausrufung der Republik, durch revolutionäre Umwälzungen diese Entwicklung der europäischen Aufklärung mit ihrer Trennung von Staat und Religion bereits in den 20er- und 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts erfolgreich nachvollzogen. Dies wird der Türkei auch von Helmut Schmidt bescheinigt, wenn er an anderer Stelle schreibt: „Die Türkei ist, dank der Reformen Kemal Atatürks in den zwanziger und dreißiger Jahren, ein laizistischer Staat. Der Feudalismus ist abgeschafft;

anders als im Iran gibt es eine klare Trennung zwischen Staat und Geistlichkeit; anders als im Irak und Syrien gibt es eine funktionierende demokratisch-parlamentarische Verfassung.“⁶⁶

Mit der Ausrufung der Republik Türkei und der Abschaffung des Sultanats im Jahre 1923 sowie ein Jahr später mit der Abschaffung des Kalifats als oberster Instanz der Scharia und der Aufnahme des Laizismus, der Trennung von Religion und Staat, in die erste Verfassung der Republik Türkei, mit einer Rechtsreform, Bildungsreform, Schriftreform (anstelle der arabischen die lateinische Schrift), mit der Gleichstellung der Geschlechter, dem allgemeinen Wahlrecht für Frauen und mit einer Reihe weitreichender Reformen in den Folgejahren wurde die Westorientierung der Türkei gezielt eingeleitet.

Ähnlich wie der Artikel 20 des deutschen Grundgesetzes, der die Staatsform der Bundesrepublik Deutschland definiert und für unabänderlich erklärt, sind auch Artikel 1 („Die Türkei ist eine Republik“) und Artikel 2 („Die Türkei ist ein demokratischer, laizistischer und sozialer Rechtsstaat“) der türkischen Verfassung unveränderbar.

Helmut Schmidts Hinweis auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Aufklärung und die Trennung von Staat und Geistlichkeit kann ich hier mit besonderer Betonung unterstreichen. Die unmittelbare Mitwirkung der Kirchen an den politischen Entscheidungen ist in den christlichen Staaten Europas längst Geschichte. Im Islam berufen sich jedoch die Geistlichkeit und nicht selten auch die Herrschenden bei ihren Handlungen und bei der Staatsführung auf die islamische Religion. Der Islam wird somit für die eigenen politischen und ökonomischen Herrschaftsinteressen instrumentalisiert.

Laizismus als „Zement“ des Zusammenhalts

Den Laizismus bewerte ich daher für jeden Staat, und gerade für einen Staat wie die Türkei mit seiner überwiegend islamischen Bevölkerung, mit unterschiedlichen Konfessionen und ethni-

schen Zugehörigkeiten als „Zement“ des Zusammenhalts und als notwendige Basis für eine Gestaltung der Politik gemäß den demokratischen und rechtsstaatlichen Erfordernissen.

Der Ratsvorsitzende der evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Huber, trat in Bezug auf die religiösen Symbole Kopftuch und Kreuz folgende Feststellung: „(...) die Unterscheidung zwischen religiöser und politischer Sphäre ist dem Islam bis heute grundlegend fremd. Der Islam behält leider nicht die aufgeklärte Säkularität der politischen Ordnung.“⁵⁷ Er fügt hinzu, dass die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Islam nicht gegeben sei. Dies trifft für sehr viele islamische Länder zu, aber gerade für die Türkei nicht. Genau dieses sehr substanzielle Problem wurde mit dem Laizismus als Grundpfeiler des modernen und demokratischen Rechtsstaates in der Türkei gelöst. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist inzwischen in der Türkei ein rechtlich gesichertes Gut. Und das staatspolitische Prinzip Laizismus gewährleistet eine klare Trennung zwischen religiöser und politischer Sphäre als ein unumstößlicher Grundpfeiler der Verfassung und der Gesetze. Es kommt aber nicht selten vor, dass gerade von manchen Vertretern der Kirche diese klare Orientierung in der Türkei immer wieder als eine Beeinträchtigung der Religionsfreiheit kritisiert wird. Im Widerspruch zu dieser Position sagen dieselben Kreise aber auch, dass in der Türkei die Gefahr einer fundamentalistischen Islamisierung noch nicht gebannt sei.

Mehrheit hat den Laizismus verinnerlicht

Eine sehr große Mehrheit der Bevölkerung der Türkei hat den Laizismus verinnerlicht. Selbst unter den für die Gegner des Laizismus günstigsten Bedingungen, also in Zeiten politischer, wirtschaftlicher und sozialer Krisen, haben laizismusfeindliche Parteien maximal 20% der Wählerstimmen auf sich ziehen können. Diese Tatsache belegt, dass die türkische Bevölkerung den laizistischen, demokratischen und sozialen Rechtsstaat länger angenommen und als Grundgesetz der Verfassung akzeptiert hat.

Die Partei des Ministerpräsidenten Erdogan, die im Sommer 2001 unter dem Namen „Gerechtigkeits- und Entwicklungs-partei“ (AKP)⁵⁸ gegründet wurde, ist eine Abspaltung aus der islamischen Bewegung Erbakans. Diese Partei und ihre Führer scheinen, obwohl manchedies immer noch nicht wahrhaben wollen, begriffen zu haben, dass eine Politik gegen diese Verfassungsgrundsätze sowie gegen die zivilisatorisch-westlich geprägten Werte in der Türkei keine Chance hat.

Blickwinkel der westlichen Welt

Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei behaupten, dass ein Staat wie die Türkei, deren Bevölkerung mehrheitlich muslimisch ist, nicht fähig sei, sich die universalen Errungenschaften der Menschheit wie Aufklärung, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Säkularisierung zu eigen zu machen. Islamisch geprägte Staaten seien daher nicht europakompatibel und würden der europäischen Identität nicht entsprechen.

An diesen Positionen kann nicht akzeptiert werden, dass sie die universalen Rechte nur eingengt aus dem Blickwinkel der westlichen Welt betrachten. In dieser Hinsicht wird eine Ausgrenzung der islamischen Religion, aber auch anderer Kulturen und Identitäten vorgenommen. Gerade der Anspruch auf Universalität dieser Errungenschaften setzt aber voraus, dass sie weltweite Akzeptanz, Anerkennung und Anwendung erfahren. Die Mitgliedschaft in die EU darf nicht so ausgelegt werden, dass die eigene islamisch geprägte Identität und die eigene Kultur oder gar die eigene religiöse Überzeugung aufgegeben werden müsste, um EU-integrationsfähig zu werden.

Der bis Ende 2004 amtierende Ratspräsident der EU, der niederländischer Ministerpräsident Jan Peter, betonte in seiner Rede am 4. September 2004 vor dem Europäischen Parlament, dass es nicht zu den gemeinsamen europäischen Werten passe, „Barrieren gegen irgendeine Religion aufzubauen. Wir dürfen uns nicht von Ängsten leiten lassen.“⁵⁹

Globalisierung gebietet kulturelle Offenheit

Die EU, ein Staatenbund bereits heute aus 25 und in naher Zukunft aus mehr als 28 Staaten, darf und kann in einer Epoche der Globalisierung nicht allein auf Werte christlicher Religion und der darauf basierenden Kultur reduziert werden. Dies würde auch der Realität von heute gänzlich widersprechen. Die Staaten der EU sind längst unumkehrbar multikulturell, multiethnisch, und multireligiös geworden. In diesen Ländern leben mehr als 15 Millionen Menschen islamischen Glaubens; von der Bevölkerungszahlenspricht dies der Größe einiger Staaten der EU. Allein aus der Türkei leben heute mehr als 3,5 Millionen Menschen in den EU-Staaten, allein in der Bundesrepublik Deutschland mehr als 2,5 Millionen.

Die EU ist ein globales, zukunftsgerichtetes Modell einer offenen und multikulturellen Gesellschaft. Ihr Verdienst sollte nicht nur darin bestehen, den Wohlstand und den sozialen Frieden ihrer Bevölkerung zu sichern und zu steigern, sondern auch zum Prozess eines engen Dialogs und Austausches mit anderen Religionen und Kulturen und somit zum Frieden weltweit aktiv beizutragen. In diesem Sinne ist die EU-Mitgliedschaft der Türkei für ein solches Projekt bestens geeignet.

Die Türkei, die sich das westliche Lebens- und Zivilisationsmodell zu Eigen gemacht hat, will als ein laizistischer Staat mit überwiegend muslimischer Bevölkerung einem säkularen Europa beitreten. Aus eigener Überzeugung hat sie das zivilisatorische Wertesystem zu ihrer unantastbaren und unveränderlichen Staatsform gemacht.

Was wollen Kemalisten und Militärs?

Die türkische Revolution mit der Gründung der Republik im Jahre 1923 erfolgte unter Führung von Offizieren, die sich danach als Parlamentarier vor allem bis 1950 große Verdienste erwarben. Die Anhänger der Reformen Mustafa Kemal Atatürks, deren Zielsetzung ich in aller Kürze mit seinem Leitmotiv vom

„Erreichen des zeitgenössischen Niveaus der zivilisierten Welt“ wiedergeben möchte, werden als „Kemalisten“ bezeichnet. Mir großer Hingabe haben sich diese Menschen für das Wohl der Türkei eingesetzt, ohne sich selbst zu bereichern und in Korruptionsskandale verwickelt zu sein, was leider in den letzten Jahrzehnten in der Türkei oftmals der Fall war.¹⁰

Ali Simen, bekannter Kolumnist und Autor in Istanbul, beschreibt sehr deutlich, wie der Kemalismus verstanden werden sollte: „Kemalismus ist allein genommen weder eine Ideologie noch eine Kosmogonie, anders gesagt, er ist nicht eine in sich geschlossene originale Lehre, er ist vielmehr der erste Versuch einer Übertragung und Reflexion von Renaissance, Aufklärung und den Errungenschaften der Französischen Revolution in eine nichtchristliche Gesellschaft außerhalb Europas.“¹¹

Keine Revolution ist mit Samthandschuhem durchführbar. Der großen integren Persönlichkeit und Beliebtheit Atatürks ist es zu verdanken, dass die revolutionären Umwälzungen in der Türkei im Vergleich zu ähnlichen Prozessen eher mit Überzeugungsarbeit als mit Gewaltanwendung umgesetzt werden konnten. „Selbst wenn es stimmen sollte“, schrieb Burgdorf, „dass den Türken die Aufklärung erst zwangsweise durch den Kemalismus aufgezwungen wurde, so war dies doch in großen Teilen der heutigen EU nicht anders. (...) Westdeutschland wurde die demokratische Ordnung von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges aufoktroziert.“¹²

Reform des Nationalen Sicherheitsrates

Das türkische Militär sieht sich dieser kemalistischen Tradition verpflichtet. Daher ist der Kemalismus für den politischen Islam, also in den Augen derer, die einen theokratischen Staat nach den Geboten der Scharia errichten möchten, ein Hindernis. Wie oben bereits gezeigt wurde, hat jedoch die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung die Grundideen des Kemalismus angenommen und als Staatsdoktrin akzeptiert.

Auch Helmut Schmidt geht auf die Rolle des Militärs in der Türkei ein. Die Macht in der Türkei läge beim Sicherheitsrat, in dem – unter Vorsitz des Staatspräsidenten – nichts gegen die oberste Generalität entschieden werden könne. Die Militärspitzen wäachen über die Einhaltung der kemalistischen Reformen und stünden als Garant gegen die schlechende Reislamisierung der Gesellschaft und des öffentlichen Lebens. Und weiter: der Ausgang des Reislamisierungsprozesses sei ungewiss, Fundamentalismus sei denkbar geworden.¹³

Auch die politischen Gremien der EU hatten sich diese, auf eine Reduzierung des Einflusses des Militärs zielende Kritik zu Eigen gemacht, eine Kritik, die nicht ohne Wirkung blieb. Der Nationale Sicherheitsrat, den es übrigens auch in den USA und in manchen anderen Ländern gibt, wurde neu strukturiert. In diesem Gremium sitzen je zur Hälfte neben dem Staatspräsidenten, der Ministerpräsident seine beiden Stellvertreter und je nach Tagesordnung andere Minister sowie in gleicher Zahl die Offiziere der Militärspitze. Der Sicherheitsrat trifft aber keine Entscheidungen mehr. Er kann in seiner Funktion als ein verfassungsmäßiges Beratungsorgan lediglich Ratschläge über wichtige Fragen, die die Sicherheit des Landes betreffen, als Empfehlung an die Regierung abgeben. Von dieser grundlegenden Reform des Nationalen Sicherheitsrates glaubten viele, dass damit von der Politik ein Tabubruch begangen worden wäre.

Kemalisten fordern die Gleichbehandlung

Es ist gänzlich falsch zu glauben, die Kemalisten wären gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei. Sie sind vielmehr aufgrund ihrer Orientierung für den Integrationsprozess der Türkei in die EU, allerdings mit klarer Betonung darauf, dass um dieser Mitgliedschaft willen nicht alles akzeptiert werden dürfe, und das bedeutet, dass eine Gleichbehandlung der Türkei im Vergleich zu den übrigen EU-Staaten gewährt werden müsste.

Die Befürchtung Schmidts und vieler anderer, dass für die

Türkei die Gefahr einer Reislamisierung bestehe und der Fundamentalismus mehr und mehr Platz greife, hat sich als unbegründet erwiesen. Nicht nur die Entwicklung, die der moderat islamisch orientierte Ministerpräsident Erdoğan und seine „Gerechtigkeits- und Entwicklungsparrei“ (AKP) genommen haben, widerlegt diese Befürchtung, sondern vor allem die von sehr großen Teilen der türkischen Bevölkerung verinnerlichte demokratische Staats- und Lebensform. Gerade diese Tatsache hat dazu geführt, dass nur eine solch gemäßigt-islamische Partei eine so breite Akzeptanz in der Türkei finden konnte. Diese positive Entwicklung ist zuallererst der unnachgiebigen Haltung der Kemalisten zu verdanken.

Die Angst vor der Zuwanderung

Mit völlig unbegründeten Phantasiezahlen über eine Zuwanderung von 10 bis 18 Millionen Menschen, die nach einem EU-Beitritt aus der Türkei in die EU abwandern würden, machte der Historiker Wehler den Menschen Angst.¹⁴ Diese Argumentation ist nicht selten auch von manchen Politikern zu hören, die damit Befürchtungen unter der von Arbeitslosigkeit ohnehin stark verunsicherten und verängstigten Bevölkerung verbreiten.

Prognosen wie diese sind jedoch durch die Erfahrungen mit den Ländern Spanien, Portugal und Griechenland nach ihrer EU-Mitgliedschaft widerlegt. In der Jahren 1991 bis Anfang 2003 kam es im Saldo aus Zu- und Abwanderung nach und aus Deutschland gegenüber Griechenland zu einem Zuwanderungsüberschuss von lediglich 1.663 Personen, bei den Portugiesen waren es 37.094 Personen, bei den Spaniern hingegen kam es zu einem Abwanderungsüberschuss aus Deutschland von 186.629 Personen.¹⁵ Mit anderen Worten: Innerhalb von zwölf Jahren wanderten aus diesen drei Ländern insgesamt 147.872 Personen mehr aus Deutschland ab, als nach Deutschland zuwanderten.

Investitionen mindern Migrationsdruck

Dies ist dadurch zu erklären, dass die EU-Mitgliedschaft für die neuen Mitgliedsstaaten die Möglichkeit eröffnet, dort durch neue Investoren neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen, wie am Beispiel dieser Länder auch belegt werden kann. Dies wird bei der Türkei nicht anders verlaufen. Bereits mit Beginn der Beitrittsverhandlungen über die Mitgliedschaft der Türkei dürfen die Investitionen dort ganz erheblich zunehmen, zumindest erwarten dies die Befürworter eines Beitritts. Dadurch wäre aber der Migrationsdruck aus der Türkei in die EU und nach Deutschland ganz erheblich gemindert.

Außerdem wurden bereits am 17. Dezember 2004 von den Staats- und Regierungschefs der EU längere Übergangsfristen bezüglich einer vollen Freizügigkeit beschlossen, damit es gerade in den ersten Jahren nicht zu der befürchteten massenhaften Zuwanderung aus der Türkei kommt. Zudem wird die in den EU-Staaten und in Deutschland andauernde hohe Arbeitslosigkeit für Migranten aus der Türkei eher abschreckend wirken.

Mittelfristig aber wäre nach der Verbesserung der ökonomischen Lage in der Türkei sogar mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Rückwanderung der in den EU-Staaten lebenden Türken in die Türkei zu erwarten. Die Beispiele Italien und Spanien belegen dies.

Aktive Konfliktlösung im Nahen Osten

Die EU-Mitgliedschaft der Türkei ließe die EU an die Region des Nahen Ostens grenzen und wäre dadurch direkt mit den Konflikten der Länder Iran, Irak, Syrien und letztlich auch Israels konfrontiert. Auch dies wird als Problem für die EU-Mitgliedschaft der Türkei angesehen.

Die Türkei ist seit 52 Jahren Mitglied der NATO. Als Mitglied dieser Werte- und Verteidigungsgemeinschaft hat sie auch ein Recht darauf, in einem Konflikt mit den Nachbarstaaten der

Region von den übrigen NATO-Staaten unterstützt zu werden. Nun sind aber fast alle EU-Staaten auch Mitglied der NATO, wie auch die Bundesrepublik Deutschland. In einem möglichen Konfliktfall mit den Nachbarstaaten der Türkei kann die Bundesrepublik Deutschland und können die anderen EU- und NATO-Staaten nicht sagen, dies alles ginge sie nichts an.

Die EU ist auch heute schon sehr an einer friedlichen Lösung des Konfliktes zwischen Israel und Palästina interessiert und bereit, sich im Nahen Osten zu engagieren und auch einen finanziellen Beitrag zu leisten. Leider sind jedoch die Möglichkeiten zur Einflussnahme der EU heute nicht im nötigen Umfang gegeben.

Die Türkei könnte die Region stabilisieren

Die Bundesrepublik Deutschland versucht bereits heute, einen Beitrag zur Herstellung und Sicherung des Friedens und politischer Stabilität zu leisten, mit eigenen Soldaten im Kosovo und sogar in Afghanistan. Es ist längst bekannt, dass unsere Sicherheit, unser Frieden und Wohlstand nicht allein vom Frieden in Deutschland und Europa abhängt, sondern auch von Frieden und Sicherheit in anderen Regionen der Welt, insbesondere auch im Nahen Osten. Die Bedeutung, ja die Unverzichtbarkeit des Nahen und Mittleren Ostens als wichtigste Energieversorgungsregion der Erde steht außer Diskussion. Wie Rechtharte Atatürk mit seinem Ausspruch: „Frieden im Heimatland, Frieden in der Welt.“

Doch ihr vergleichsweise geringes politisches Gewicht verleiht der EU nicht die Möglichkeit, sich mit Nachdruck für die Lösung der Konflikte gerade im Nahen Osten einzusetzen. Dies ist ein ganz gewichtiges Argument der Befürworter einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, um sich der Mithilfe dieses Landes beim Ringen um Einfluss in dieser Region zu versichern und sich damit längerfristig Einfluss bei der Vergabe der Energieressourcen zu sichern. Darauf gehe ich weiter unten ein.

Die Türkei hat ihre „Hausaufgaben“ gemacht

Die „Türkische Gemeinde in Deutschland“ hatte die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU beim Gipfeltreffen von Helsinki, die Türkei auf die Liste der Beitrittskandidaten zu setzen, ausdrücklich begrüßt und prophezeit, dass dieser wichtige Schritt dem Demokratisierungsprozess in der Türkei einen kräftigen Auftrieb geben und die rasche Umsetzung der „Kopenhagener Kriterien“ ermöglichen werde. Und in der Tat: Die Gipfelscheidung von Helsinki beflügelte und beschleunigte, wie wir heute wissen, die Demokratisierung der Türkei ganz erheblich.

Mit der Änderung von 37 der 177 Verfassungsartikel wurden die Fundamente der weiteren Demokratisierung der Türkei gelegt. Sehr umstritten waren vor allem die Änderungen, mit denen die Todesstrafe abgeschafft sowie das Erlernen anderer Muttersprachen neben dem Türkischen, insbesondere des Kurdischen, nebst der Möglichkeit zur Ausstrahlung muttersprachlicher Sendungen in Rundfunk und Fernsehen verfassungsrechtlich garantiert werden sollten. Vor allem die Nationale Bewegungspartei hatte mit der Zustimmung zu diesen Reformen große Probleme gehabt. Es folgten eine Reihe grundlegender Gesetzesänderungen mit dem Ziel, die Stärkung der Demokratie und der zivilen Behörden zu erreichen. Meinungsfreiheit, der Schutz vor Folter, die Freiheit und Sicherheit des Individuums, das Recht auf Privatsphäre, die Unverletzlichkeit der Wohnung, das Recht auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und die Gleichberechtigung der Geschlechter wurde verfassungsrechtlich den EU-Standards angepasst. Das Zivilgesetzbuch wurde geändert und trat im Januar 2002 in Kraft. Dieses war erforderlich, um die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf allen Ebenen der Gesellschaft umsetzen zu können.

Die Türkei hat, was die politischen Kriterien von Kopenhagen anbetrifft, zur Überraschung oder auch zur Bewunderung vieler

ihre „Hausaufgaben“ erledigt. Dieser Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wie auch die vollständige Gewährung der Menschenrechte und die Achtung und Gewährnung von Minderheitenrechten darf jedoch nicht als ein abgeschlossener Prozess verstanden werden. Diese Ziele müssen in jeder Gesellschaft entsprechend der dynamischen gesellschaftlichen Entwicklung immer von neuem in ihrer Umsetzung überprüft und den Erfordernissen der Zeit angepasst werden.

„Privilegierte Partnerschaft“ als Alternative?

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben am 17. Dezember 2004 darüber entschieden, dass die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 3. Oktober 2005 beginnen werden.

Eine von den Unionsparteien vorgeschlagene „privilegierte Partnerschaft“, die faktisch auf eine Diskriminierung der Türkei gegenüber allen bereits Vollmitglied gewordenen und noch werdenden Staaten wie Rumänien und Bulgarien, später möglicherweise auch Kroatien und Serbien, hinausläufe, ist in keiner Weise akzeptabel, für viele gar indiskutabel.

Die Unionsparteien Deutschlands versuchen mit Unterstützung von Teilen der Kirchen ganz unterschieden zu verhindern, dass eine demokratische und laizistische Türkei mit ihrer mehrheitlich islamischen Bevölkerung EU-Mitglied wird. Sie wollen, wie sie dies nicht selten zum Ausdruck brachten, eine EU als christliche Gemeinschaft. Es ist für die Türken, vor allem aber für die Deutschlandtürken, verärgert und verletzend, wenn Unionspolitiker – keineswegs jedoch alle! – die Türkei im Gegensatz zu anderen Bewerberstaaten stets andersartig und diskriminierend behandeln. Ihre Argumente hierfür sind durchaus unterschiedlich, je nach politischem Anlass: Mal werden religiöse und kulturelle Unterschiede angeführt, mal sind es geographische Gründe oder politisch-wirtschaftliche Diskrepanzen.

Um jedoch diese ganz prinzipielle Ablehnung gegenüber der Türkei zu verschleiern, haben die Unionsparteien eine Worthölse

erfunden, die „privilegierte Partnerschaft“, die der Türkei anstelle einer EU-Mitgliedschaft angeboten werden sollte. Wenn aber nachgefragt wird, was unter der „privilegierten Partnerschaft“ zu verstehen sei, wird recht mühsam nach einer Antwort gesucht: Es soll wohl „eine Freihandelszone zwischen EU und der Türkei, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und Zusammenarbeit beim Kampf gegen den Terror bedeuten.“¹⁶

Die Türkei hat den privilegierten Status längst

Doch diesen Status, diese Partnerschaft mit der EU, wenn man sie denn als „privilegiert“ bezeichnen will, besitzt die Türkei längst: Sie ist seit 1996 Mitglied der Zollunion. Das heißt, freier Warenaustausch zwischen der EU und der Türkei ist längst Realität, von der allerdings bislang in erster Linie die EU profitiert. Seit dem Beitritt der Türkei zur Zollunion hat sich das Außenhandelsdefizit zu Ungunsten der Türkei erhöht. Laut einer Berechnung des Präsidenten der Handelskammer von Ankara, Sinan Ayyıldız, liegt das Defizit der Türkei für die Jahre 1997-2004 bei insgesamt 79,5 Milliarden Euro.¹⁷

Eine gemeinsame Sicherheitspolitik und enge Abstimmung in außenpolitischen Fragen ist mit der Türkei als NATO-Mitglied seit über 50 Jahren selbstverständlich. Die Türkei gehört zu den Ländern, die am entschiedensten beim Kampf gegen den internationalen Terrorismus engagiert sind, und es besteht bereits eine breit gefächerte Zusammenarbeit mit den EU-Staaten.

Da diese Idee einer „privilegierten Partnerschaft“ als Alternative zur Vollmitgliedschaft der Türkei steht, wird sie von der Bevölkerung der Türkei und von den Deutschtürken eher als „privilegierte Diskriminierung“ verstanden. Die öffentliche Möglichkeit angekündigter, aber nach heftigen Protesten zurückgenommene Unterschriftenaktion der CDU/CSU gegen den Beginn von Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei hat gezeigt, wie unsensibel und unüberlegter parteipolitische Positionen mit wichtigen außenpolitischen Entscheidungen vermischt werden.

Die EU sollte die Türkei gleichberechtigt behandeln

Zu einer guten Demokratie gehört Verlässlichkeit. Der Feststellung der *Financial Times* ist daher nichts hinzuzufügen: „Die EU ist eine Gemeinschaft, deren Zusammenhalt und Ansehen darauf beruht, Verträge und politische Zusagen einzuhalten. Nicht nur in der islamischen Welt wäre die Wirkung verheerend, wenn einer demokratischen und ökonomisch hinreichend soliden Türkei die Tür zur Vollmitgliedschaft verschlossen bliebe.“¹⁸ Der Kommissionsbericht der EU bescheinigte der Türkei, dass sie die Kopenhagener Kriterien im Allgemeinen erfüllt hat, empfahl aber für den Beginn der Beitrittsverhandlungen strengere Aufgaben.

Die Staats- und Regierungschefs der EU folgten dem Bericht der EU-Kommission und entschieden sich für den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei, verschärften jedoch die Aufgaben für die Türkei weiter. Besorgt über diese Ungleichbehandlung wandten sich im Namen von 1.430 Vereinen fünf wichtige Verbände der Deutschtürken mit einem Offenen Brief an die Staats- und Regierungschefs der EU: „Die ungleiche und unwürdige Behandlung der Türkei für einen Beginn der Beitrittsverhandlungen hat die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei bis an den Rand eines Bruches geführt.“¹⁹

Ungleichbehandlung in mehreren Bereichen

Ganz prinzipiell ist die Ungleichbehandlung der Türkei im Vergleich zu den bereits im Mai 2004 aufgenommenen und den noch aufzunehmenden Staaten Bulgarien und Rumänien vor allem in fünf Bereichen eindeutig festzustellen:

- So genannte „ergebnisoffene Verhandlungen“ hat es bislang mit keinem anderen Kandidaten gegeben. Dies bedeutet doch, selbst dann, wenn die Türkei alle erforderlichen Beitrittsbedingungen erfüllt, behält sich die EU das Recht vor, eine Aufnahme der Türkei in die EU abzulehnen. Bei den

anderen Beitrittskandidaten hatte die EU dieses Recht nicht, wenn alle Beitrittsbedingungen erfüllt worden waren.

- Zum EU-Beitritt der Türkei werden in den Mitgliedstaaten Referenden vorgeschlagen. Wenn die zukünftige europäische Verfassung bei Beitrittsentscheidungen das bisherige Prinzip der Einstimmigkeit übernimmt, ist eine Ablehnung des Beitritts der Türkei vorprogrammiert, denn es wird einige Staaten geben, deren Bevölkerung sich gegen den EU-Beitritt der Türkei aussprechen wird. Bei keinem anderen Beitrittskandidaten hat es derartige Überlegungen je gegeben.
- Auch bei der Frage der Freizügigkeit wird von der Türkei nicht nur eine Übergangsphase, sondern eine dauerhafte Konzession erwartet. Dies ist mit dem Geist und der Philosophie der EU unvereinbar.
- Es wird bereits heute laut darüber nachgedacht, für die Türkei die Unterstützungen im Agrarbereich wie im Infrastrukturlichen Bereich gegenüber anderen Mitgliedsstaaten zu mindern.
- Obwohl alle anderen Beitrittskandidaten ein konkretes Beitrittsdatum erhalten haben, ist dies für die Türkei nicht vorgesehen.

Die ungelöste Zypernfrage

Neuerdings wurde im Rahmen der Zypernfrage das Argument in die Diskussion gebracht, dass die Türkei Verträge mit der Zollunion der EU auf die zehn neuen Mitglieder und somit auch auf das geteilte Zypern ausdehnen müsse. Die Türkei bestand darauf, dass dies nicht als Anerkennung Süd-Zyperns gewertet werden dürfe.

Die Wiedervereinigung Zyperns wurde in einem Referendum von der griechisch-zypriotischen Bevölkerung abgelehnt, vom türkisch-zypriotischen Teil jedoch befürwortet. Die türkische Bevölkerung sieht das ungelöste Problem Zyperns als Produkt einer Fehlbeurteilung durch die EU an. Diese hatte im Vorfeld einen Beitritt der ganzen Insel davon abhängig gemacht, dass

beide Bevölkerungsgruppen einer Vereinigung zustimmen, andernfalls sollte nur der Südtteil der Insel der EU beitreten können. Durch dieses Junktim aber bewirkte die EU das genaue Gegenteil dessen, was sie ursprünglich wollte, nämlich den Beitritt eines vereinigten Gesamtzyperns. Der türkische Nordteil, dessen Bevölkerung den Beitritt zur EU wollte, stimmte daraufhin der Vereinigung zu, nicht aber der griechische Süden, dessen Beitritt ja ohnehin gesichert war.

Dieses Thema hat zu heftigen Kontroversen in der Türkei, sowohl im Parlament als auch unter der türkischen Bevölkerung geführt.

EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn warnte eindringlich die Mitgliedstaaten: „Wir müssen jetzt fair bleiben und halten, was wir versprochen haben: Wenn die Türkei die strengen Bedingungen der EU erfüllt, werden wir die Beitrittsverhandlungen beginnen. (...) Mit der Unterzeichnung des Zollabkommens ist Ankara unserer letzten Forderung nachgekommen. Eine ausdrückliche Anerkennung Zyperns gehört nicht zu den Bedingungen. Darauf haben sich alle 25 Staats- und Regierungschefs – auch der französische – auf dem EU-Gipfel vergangenen Dezember in Brüssel verständigt.“²⁰

Die Armenierfrage

Außerdem werden vor allem in Frankreich, aber nicht nur dort, weitere Forderungen an die Türkei gestellt, und zwar sollte die Türkei die Ereignisse von 1915 als einen „Genozid an der armenischen Bevölkerung“ anerkennen und damit die Forderungen der Armenier akzeptieren sowie die Beziehungen zu Armenien normalisieren. Armenien ist jedoch der einzige Staat, der die mit der Sowjetunion vertraglich vereinbarten Ostgrenzen der Türkei nicht anerkennt und die von ihm besetzten Gebiete von Aschbaischan nicht zurückgeben will.

Zunehmende Skepsis in der Türkei

Die oben zitierten Sonderbedingungen, die Zypern- und Armenienfrage und weitere mögliche Konditionen, wie die „privilegierte Partnerschaft“ der CDU, sowie die andauernden Erhebungen über die ablehnende Haltung der Bevölkerung in manchen EU-Staaten haben auch in der Türkei die Diskussion über die EU-Mitgliedschaft erneut stark befeuert.

Eine stärker werdende intellektuelle Opposition vorerzählend gegen eine EU-Mitgliedschaft der Türkei, weil sie deren Ungleichbehandlung betont und die unaufrichtige Haltung der EU-Staaten anprangert. „Die EU will uns als gleichberechtigtes Mitglied nicht haben. Die Türkei darf nicht um Mitgliedschaft bitten und berteln“, so diese Opposition.

Diese Auseinandersetzung blieb nicht ohne Einfluss auf die Haltung der Bevölkerung in dieser Frage. Vorheren noch Ende 2004 rund zwei Drittel der Bevölkerung für einen EU-Beitritt, so sank diese Zustimmung nach jüngsten Umfragen vom Juni 2005 bis auf 55 Prozent.

In der EU herrsche die Auffassung, dass die Türkei den EU-Beitritt „um jeden Preis“ anstrebe und daher auch diskriminierende Bedingungen akzeptieren werde. Dadurch hatte die Türkei ihre Verhandlungsbasis von Beginn an sehr stark eingegrenzt und auch die sie ungleich behandelnden Auflagen weitestgehend hinnehmen müssen. Vielleicht hoffen die Gegner einer EU-Mitgliedschaft der Türkei hier und dort darauf, dass die Türkei wegen der neuen Forderungen von selbst auf ihre EU-Mitgliedschaft verzichtet.

Wie handlungsfähig ist die EU?

Die EU will neben den USA und der südostasiatischen Region, vornehmlich also Japan und China, eine der potentesten Wirtschaftszonen oder gar Wirtschaftsmächte der Welt werden. Eine EU, die ihre Handlungskompetenzen und Strategien allein auf die Ebene einer Wirtschaftsmacht einengt, bleibt in vielen

oben genannten Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten handlungsunfähig. Damit reduziert sich diese große Wirtschaftskraft auf eine unbedeutende Nebenrolle im Vergleich zu der einzig verbliebenen Großmacht USA. Welche Folgen eine solche Weltlage hat, erleben wir beim Vorgehen der USA im Irak im Besonderen und im Nahen Osten im Allgemeinen. Wie wenig die EU hierbei heute zur Lösung der Konflikte beitragen kann, zeigt ihre politische Bedeutungslosigkeit, die im Vergleich zu ihrer Wirtschaftskraft beinahe peinlich ist.

Wenn die EU diesen in der Tat inakzeptablen Zustand einer völlig einseitigen Machtkonstellation in der Welt nicht hinnehmen will, muss sie selbstbewusst neue Visionen entwickeln. Die EU muss vor allem ihre politischen Handlungsmöglichkeiten neu konzipieren, wenn sie nicht weiterhin ein politischer Zwerg sein und bleiben will.

„Europa muss zu einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik finden, sonst bleibt die Gefahr der Spaltung, Lähmung und der Unfähigkeit bestehen, die sich auf dem Balkan und anlässlich des Irak-Krieges gezeigt hat. (...) Europa kann und sollte eine Schlüsselrolle bei der Organisation multilateraler Lösungen für globale Fragen übernehmen“²¹, so der Aufruf zahlreicher deutscher Wissenschaftler, Schriftsteller, Künstler und Politiker.

Die EU braucht die Türkei

Gerade in dieser Hinsicht braucht die EU die Türkei als regionalen Machtfaktor und geopolitische Brücke zwischen Europa und dem Nahen Osten. Die Bedeutung dieser Region ist nicht nur wegen der reichsten Erdöl- und Erdgasreserven unumgänglich, sondern vor allem auch für die Sicherung des Friedens dort und weltweit. Dass die USA hierfür aus vielerlei Gründen ohne einen aktiven Beitrag der EU nicht im Stande ist, eine friedensschaffende und -sichernde Rolle zu übernehmen, erleben wir seit langem und ganz aktuell.

Globalpolitische Gestaltungsmöglichkeiten und Einflussnahmen wird Europa als eigenständiger Machtfaktor vor allem in den Regionen des Nahen- und Mittleren Ostens ohne die Türkei kaum haben können. Nur gemeinsam mit der Regionalmacht Türkei in ihrer geopolitisch sehr bedeutsamen Lage kann die EU – wenn überhaupt – ein gewichtiger Faktor bei der Lösung der Probleme werden. Es ist seit langem bekannt, dass es bei den andauernden Konflikten im Nahen Osten vor allem um Einflussnahme und Kontrolle über die bedeutendsten Energieresourcen der Welt geht.

Die Türkei als Modell für den Nahen Osten

Nach Herbert Prantl ist „die Türkei das einzige Land der Region, das eine zuverlässige, am Westen orientierte Außenpolitik betreibt. Es ist das einzige Land der Region mit einer laizistischen und demokratischen Staatsform. Es ist das Land, durch das Europas ÖI fließt. Es ist das Land, dessen Auswanderer die größte Minorität in Westeuropa bilden. Es ist das Land, in dem der Dialog zwischen Christentum und Islam am aussichtsreichsten geführt werden kann.“³²

Gerade eine voll in die EU integrierte demokratisch und ökonomisch stabile Türkei würde auf die Menschen und Staaten vor allem im Nahen und Mittleren Osten, aber auch in anderen islamischen Staaten, als ein gelungenes Modell westlicher Prägung eine große positive Wirkung haben. Diese würde mittelfristig den Demokratisierungsprozess und die Übernahme des parlamentarisch-demokratischen Systems in diesen Ländern befördern und zu mehr Stabilität, Sicherheit und wirtschaftlicher Prosperität führen, was auch der EU zu Gute käme.

Nach Meinung der Journalistin Nilgün Cerrahoğlu übt die Türkei bereits heute als demokratisches Vorbild im Nahen Osten einen wichtigen Einfluss aus: „Deswegen betrachte ich die Türkei als letzte Festung Europas.“³³

Die Türkei wird für viele der islamischen Länder ein erfolgrei-

ches Modell darstellen und belegen, dass Islam und demokratischer und laizistischer Rechtsstaat einersseits und die universalen Menschenrechte und Werte andererseits durchaus zu vereinbaren sind. Welche Bedeutung eine durchgreifende Demokratisierung gerade den islamischen Ländern zukommt, müsste angesichts der Ereignisse seit dem 11. September jedem politisch interessierten Menschen klar sein.

Eine „Integration der Türkei wäre ein Meilenstein auf dem schwierigen Weg der Säkularisierung des Islam. Das ist die Vision“³⁴, so der ehemalige Verteidigungsminister und außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundesratsfraktion, Volker Rühe. Wenn sich dieses Modell unter Einbeziehung der Bevölkerung auch auf andere islamische Länder übertragen ließe und damit zu mehr Stabilität, Frieden und zu einer besseren Befriedung der Bevölkerung beitrüge, wäre dies von unschätzbbarer Bedeutung. Dies wäre auch der wichtigste Beitrag zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewalt in dieser Region.

Mitgliedschaft fördert die Integrationsbereitschaft

Ein weiteres wichtiges Moment einer zukünftigen EU-Mitgliedschaft der Türkei ist, dass durch sie der Integrationsprozess der Türken in die hisigen Gesellschaften ganz entscheidend gefördert wird. Der Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und die verbindliche Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft wird die Identifikation der Türken mit ihren neuen Heimatländern stärken. Bereits heute versuchen sich die in der EU lebenden Türken als eine menschliche Brücke zwischen ihrem Herkunftsland Türkei und dem neuen Heimatland in der EU.

Die EU braucht zukunftsorientierte Visionen. Hierfür bietet sich der EU mit einem Mitglied Türkei eine große, eine einmalige Chance. Und die Türkei braucht die EU, um ihren Kurs der Westorientierung unbeirrt weiter verfolgen zu können. Die EU darf die Türkei schon aus ureigenem Interesse weder den USA allein noch der islamisch-arabischen Welt überlassen.

Anmerkungen

- 1 Hamburger Abendblatt, 7.10.2004.
- 2 Die Zeit, 14.3.1997.
- 3 Schmidt, H.: Sind die Türken Europäer? Nein, sie passen nicht dazu. In: Leggewie, C. (Hrsg.): Die Türkei und Europa. Die Positionen. Frankfurt am Main 2004, S. 162.
- 4 Interview in der Süddeutschen Zeitung, 21.12.2004.
- 5 Der Tagesspiegel, 16.2.2004.
- 6 Schmidt, H.: Wer nicht zu Europa gehört. In: Die Zeit, 5.10.2002.
- 7 Tageszeitung, 10./11.4.2004.
- 8 AKP heißt: Adalei ve Kalkinma Partisi.
- 9 Yahoo-Nachrichten Deutschland, 5.8.2004.
- 10 Zur kritischen Würdigung des Kemalismus vgl. Keskin, H.: Die Türkei. Vom Osmanischen Reich zum Nationalstaat. Berlin 1981, S. 51-130.
- 11 Sirren, A.: Kemalismus und die EU (Kemalizm ve AB). In: Cumhuriyet, 22.10.2004.
- 12 Burgdorf, W.: Die europäische Antwort. Wir sind der Türkei verpflichtet. In: Leggewie, C. (Hrsg.), aa.O., S. 82.
- 13 Schmidt, H.: Wer nicht zu Europa gehört. In: Die Zeit, 5.10.2002.
- 14 Vgl. Focus, 16.2.2002.
- 15 Vgl. den Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin 2003, S. 110 und 112.
- 16 Die Welt, 17.9.2004.
- 17 Cumhuriyet Hafta, 22.10.2004.
- 18 Financial Times, 8.8.2002.
- 19 Presseklärung der Türkischen Gemeinde in Deutschland dem Koordinationsrat der Türkischen Vereine in der Bundesrepublik Deutschland, dem Verband Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa, der Föderation der Vereinigungen zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in Europa sowie der Föderation der Volkswerte Türkischer Sozialdemokraten vom 4.12.2004.
- 20 Der Standard, 6.8.2005.
- 21 Duisburger Erklärung: Traum und Alpträum Amerika. Dokumentation der Frankfurter Rundschau, 20.4.2004.
- 22 Panal, H.: Der Mond unter den Türken. Warum die Aufnahme der Türkei eine Chance für die EU darstellt. In: Leggewie, C. (Hrsg.), aa.O., S. 154.
- 23 Gerthoglu, N. in: Körber-Stiftung (Hrsg.): Grenzfall Europa. Hamburg 1999, S. 32.
- 24 Ruhe, V., in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung, 20.1.2004.

Necip C. Bayoglu

Ist die türkische Wirtschaft reif für die EU?

EU-Beitritt wird kontrovers diskutiert

Im Dezember 2004 beschloss der Europäische Rat zum 3. Oktober 2005 mit der Türkei die Beitrittsverhandlungen für die Europäische Union (EU) aufzunehmen. Wenngleich die EU als auch die Türkei davon ausgehen, dass die Verhandlungen einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren in Anspruch nehmen, ist der Beitritt so umstritten wie bei keinem der bisher beigetretenen Länder. Mit einer Bevölkerung von rund 73 Millionen Menschen geht es um ein Potenzial, das in etwa dem der zum 1. Mai 2004 beigetretenen osteuropäischen Länder (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Slowenien, Estland, Letland und Litauen) entspricht. Das türkische Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner in US-Dollar lag Ende 2003 etwa bei 60 Prozent des Niveaus von Polen, bei etwa 40 Prozent des Niveaus der tschechischen Republik und etwa 25 Prozent des Niveaus von Slowenien. Diese Tatsachen stellen sowohl die Türkei wie auch die EU vor große Herausforderungen.

Die EU-Läuglichkeit der Türkei ist seit geraumer Zeit ein kontroverses Diskussionsthema in fast allen Teilen der Politik und Gesellschaft, wobei Befürworter und Gegner einer türkischen Vollmitgliedschaft in der EU mit unterschiedlichsten Argumenten ihre Standpunkte ins Feld führen. Die Diskussionen werden sehr oft von starken Emotionen begleitet. Während die Befürworter des EU-Beitritts zur Unterstützung ihrer Linie auf die historisch langfristige Hinwendung der Türkei zur westlichen Welt und das vor mehr als 40 Jahren von Seiten der Europäer gemachte Versprechen über eine Aufnahme zurückgreifen, reichen die Argumente